

Er scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
 H. Bebel, Petersstraße 18.
 S. Thiele, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Er scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.
 Abonnementspreis: Für Dresden incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.
 Filialerpedition für die fernliegenden Staaten:
 F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Wie man uns aus Potsdam schreibt, hat dort die Post (sowie auch ein Zeitungserpediteur) Bestellungen auf das Parteiorgan zurückgewiesen, mit dem Bemerkten, der „Volksstaat“ werde alle Augenblicke konfisziert und erscheine in Folge dessen zu unregelmäßig. Wir werden bei der Generalpostdirektion Beschwerde führen.

Politische Uebersicht.

Die Affaire Bebel-Simson hat einen, des Berliner Reichstags würdigen Abschluß gefunden. Die Geschäftsordnungs-Kommission, wie schon bemerkt, billigte das Verfahren Simsons und der Reichstagsmajorität gegen Bebel, und brachte am Mittwoch einen Antrag in diesem Sinn ein. Durch ein Mandat des hannoverschen Partikularisten Windthorst wurde jedoch dieser Antrag bei Seite geschoben und ein anderer angenommen, der kein direktes Vertrauensvotum für Simson enthielt. In Folge dessen sind Simson sich veranlaßt, abzutreten, unter der stillschweigenden Bedingung, wieder gewählt zu werden, was natürlich auch geschah. Die Rede, welche Bebel in der Mittwoch's Debatte hielt, und in der er unter Anderem die politischen Wandlungen des Chamäleons Simson schilderte, werden wir in einer der nächsten Nummern nach dem stenographischen Bericht bringen. Genug, Simson ist wieder Präsident, und der Reichstag verdient diesen Präsidenten.

Der Reichstag hat auf Antrag des durch seine Antifurchbarkeitseigenschaft zu einem lächerlich-wichtigen Renommée gelangten bayerischen Kultusministers Luz mit 179 gegen 108 Stimmen ein Gesetz angenommen, dahingehend, daß Geistliche, welche die Kanzel zu politischen Agitationen benutzen, mit Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren belegt werden. Es liegt auf der Hand, daß dieses Ausnahmegesetz, zu welchem gar kein vernünftiger Grund vorliegt, nur der Praxis, Ausnahmegerichte dann und wann beliebig zu schaffen, Bahn brechen soll. Ein Geistlicher, der infolge der politischen Agitation sich gegen die Staatsgesetze veründigt, gehört eigentlich in die Kategorie der gewöhnlichen Gesetzesübertreter; eine Ausnahmebestimmung der Geistlichen aber sanktionirt die Ausnahmebestimmung verschiedener Klassen von Staatsbürgern über überhaupt — und das ist der Sinn und Zweck des ganzen Gesetzes.

Hinter den Kulissen ist man gleichzeitig einig darüber geworden, der Regierung einen eisernen Militäretat von 90 Millionen auf 3 Jahre zu bewilligen. Innerhalb 3 Jahre darf demnach die sogenannte Volksvertretung auch nicht einmal zum Schein in die Militärverwaltung mit hineinreden, und dabei hat die Regierung zum innern und äußern Krieg noch die konfiszierten Deposittengelder, den Reichskriegsschatz, den Invalidenfond — also Millionen über Millionen, über die sie verfügen kann, ohne sich um den Reichstag zu kümmern.

Intelligenzstaatlich. Ein Lebensbild, wie es trauriger nicht gedacht werden kann, vollt der nachfolgende Brief, dessen Wahrheit amtlich bescheinigt ist, vor unsern Blicken auf. Das Schreiben ist gerichtet an den Vorstand zur Unterstützung emeritirter Lehrer in Königsberg, der über sehr geringe Mittel verfügt, die ihm von Lehrern, welche selbst kaum ihr und ihrer Familie Leben zu fristen im Stande sind, spärlich zufließen. Der Brief, welcher den Poststempel „Insterburg“ trägt, lautet:

„Aurkallen, den 25. August 1871. Dem geehrten Vorstande des Vereins zur Unterstützung emeritirter Lehrer sage ich vorerst meinen größten Dank für die früheren Unterstützungen, bin aber gezwungen, denselben wiederum meine Noth zu klagen. Nachstehende Angaben dürften gewiß genügend sein, mein trauriges Dasein zu bestätigen. Meine ganze Pension beträgt, **baar sieben Thaler**; davon 2 Thlr. 10 Sgr. Wittwengeld und 2 Thlr. 20 Sgr. Wohnungsmiethe abgerechnet, bleiben mir 2 Thlr., dazu vier Schefel Roggen und ein kleines Quantum Stroh und Heu und 1 1/2 Morgen preussischen Ader. Davon ganz allein müssen 5 Personen leben, darunter 4 kranke. Ich bin 83 Jahre alt und schon 12 Jahre ganz blind. Meine Frau ist 76 Jahre alt und schon 1 1/2 Jahre bettlägerig krank. Eine Tochter ist bereits 26 Jahre krank und eine 12 Jahre. Die gesunde Person, ein Mädchen, muß uns allen aufwarten. Den geehrten Vorstand bitte ich ergebenst, in Berücksichtigung meiner traurigen Lage, um eine milde Unterstützung.“

Der preussische Schulmeister, der zwei Menschenalter lang dem Intelligenzstaat Preußen gedient hat, im hohen Alter, eine „Pension“, mit der kein Hund gefüttert werden kann, und Graf Bismarck, der 6 Jahre lang dem Militärstaat Preußen gedient hat, vierhalb Million an Dotationen, die glänzende Befoldung nicht zu rechnen — allerdings ein Kontrast!

Ueber die Zustände der öffentlichen Sicherheit oder vielmehr der öffentlichen Unsicherheit in der Kaiserstadt an der Spree finden wir in einer Berliner Korrespondenz der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ folgende weitere Angaben: „Patrouillen von Schutzmännern durchwandern nun bei Tag und Nacht die Straßen, während die Criminalpolizei mit Eifer die verdächtigen Spelunken durchsucht und dabei viel legitimationsloses und bestrafes Gesindel aufgreift. Außerdem sollen die Polizeireviere um sechs vermehrt werden. Aber das Laster ist damit nur von der Straße in die Häuser verschoben, und die Unsicherheit der Personen und des Eigenthums so wenig gemildert, daß in voriger Woche noch bei

hellem und an einem Tage in zwei der belebtesten Straßen drei kräftige Raube verübt, daß in der verkehrsreichen Friedrichstraße auf einen Passanten ein Revolver und auf einen Militärposten vier Schüsse abgefeuert wurden. Die Verbrecher waren meist Bursche im Alter von 18—20 Jahren, aber in ihrem sauberen Metier schon so ausgebildet, daß sie, bis auf einen, sämmtlich der Verfolgung entwischt sind. Daran reihen sich der Ueberfall eines Herrn und einer Dame durch vier Banditen vor dem Potsdamer Bahnhofgebäude, die Verraubung einer Dame durch einen kaum 14-jährigen Pümmel und ähnliche räuberische Anfälle, die in der Regel von starken Banden unter Anwendung von Messerstichen verübt werden. Daß die Polizei in der Lage ist, bei ihrer gegenwärtigen, 1200 Köpfe umfassenden Stärke, bei dem schlecht fundirten Nachwachsthum, bei ihrer durch das Gesetz sehr eingeschränkten Befugniß, bei der Judolenz (Lässigkeit) unserer Bürger und bei dem fortwährenden Zustuß, den das vorhandene Gesindel, Dank der schrankenlosen Freizügigkeit, von außerhalb erhält, diesem furchtbaren Unwesen zu steuern, muß um so mehr bezweifelt werden, als die trübsamen Wohnungsverhältnisse, die wachsende Theuerung aller Lebensbedürfnisse und der bellagenerthe Unzufriedenheit der Arbeitseinstellungen unendlich viel zur Steigerung der Demoralisation und zur Vergrößerung der Verbrechermasse beigetragen. Wenn neulich in der Stadtverordneten-Versammlung konstattirt wurde, daß die Zahl derjenigen Individuen, welche in Berlin vom Raube, vom Diebstahl und von dem Vaster der Sittenlosigkeit leben, sich auf mindestens 40,000 belaufe, so erscheint diese Zahl jedenfalls viel zu niedrig gegriffen, da schon das Jahr 1869 weit über 60,000 bestrafte Personen aufweist, zu denen noch eine sehr beträchtliche Masse unbestrafter Prostituirten hinzutritt. Nichts weiß aber schlagender die Unmöglichkeit nach, mit rein polizeilichen Mitteln unsere Gesellschaft von ihren Schladen zu reinigen, als die traurige Thatsache, daß in den ersten neun Monaten dieses Jahres nicht weniger als 890 jugendliche Strafgefangene, d. h. Kinder meist unter 14 Jahren, in die hiesige Stadtvogtei abgeliefert worden sind.“

Wir haben die Auffassung des Korrespondenten hier nicht zu kritisiren: nur die von ihm gemeldeten Thatsachen haben ein Interesse für uns, und zwar insofern, als sie die furchtbare Fäulniß unserer Gesellschaft beweisen. Für die Verbrecher des „Reichs der Gottesfurcht und frommen Sitte“ muß der Beweis noch ganz besonders konklusiv sein, da ihnen zufolge Berlin, als Hauptstadt des moralischen, biedern, unverdorbenen Deutschland, unbedingt im Vergleich mit den Großstädten anderer Länder noch sehr moralisch sein muß. Wenn das nun am grünen Holz geschieht, was erst am dünnen? In Zweifel zu ziehen sind diese Greuel nicht. Sie sind gerade von Solchen ans Tageslicht gezogen worden, die für die heutige Ordnung der Dinge, die gesellschaftliche wie staatliche, schwärmen, deren Zeugniß also vollkommen unverfänglich ist — überdies sind die angegebenen Ziffern amtlich konstattirt. Und nun fragen wir: Sollen derartige Zustände fortdauern? Und wenn nicht, hat man ein Recht, unsere Partei zu verdammen, deren Zweck es ist, diesen Greueln ein Ziel zu setzen, die Quelle derselben zu verstopfen?

In den Belgischen Kammern hat sich soeben ein Skandal abgepielt, der, wenn anders den Zeitungen und Telegrammen irgend zu glauben ist, fast zu einer Straßen-Emeute in Brüssel geführt hätte. Vor einigen Jahren, wie die Leser sich erinnern werden, tauchte im parlamentarischen Musterstaat ein Abenteuerer, Namens Langrand Dumonceau, auf, der sich, ein umgekehrter Stroußberg, die Aufgabe setzte, das Kapital den jüdischen Händen zu entreißen und in „christliche“, d. h. seine und seiner Helfershelfer Taschen zu locken. Diese Helfershelfer waren die Führer der Belgischen Schwarzen, darunter ein Bruder des Erzbischofs von Mecheln, Dechamps. Die Herren Langrand und Genossen gründeten zahlreiche „katholische Geldinstitute“, die von der liberalen Presse aufgepufft und dem Volk der Gläubigen mit solchem Nachdruck und Erfolg an das Herz gelegt wurden, daß die frommen Bauernfänger bald über Millionen verfügten. Ein Schwindelinstitut nach dem andern schoß aus dem Boden hervor, und die Grenzen Belgiens wurden für das „christliche“ Geschäft zu enge. Man breitete das Netz mit Hilfe der dortigen Pfaffen auch über Oesterreich aus, und erlangte sogar die Bewunderung des in solchen Dingen sehr toleranten Herrn Beust, den sein Haß gegen die Internationale doch nicht daran hindert, auf finanziellem Gebiet internationalen Prinzipien zu huldigen, und der bekanntlich den Verdacht nicht von sich ablenken konnte, für seine, Herrn Langrand bewiesene Freundschaft klingende Dankbarkeitsbeweise erhalten zu haben. Doch Herr Beust war nicht der vernünftigste Protektor der frommen Bauernfänger. Seine Heiligkeit, der unsehlbare Pio Nono spendete Herrn Langrand und Genossen in einem eigenhändigen Brief den päpstlichen Segen und ermahnte sie, zum Heil der Christenheit auf dem betretenen Wege fortzufahren — ein Rath, der nach Kräften befolgt ward. Von der richtigen Ueberzeugung durchdrungen, daß der Besitz der politischen Macht ihnen die Früchte ihrer Schwindelereien sichern würde, ließen sich die Hauptführer der Bauernfängerbande, Dedeker, Rothomb, Dechamps in die Kammer wählen; sie stützten das sogenannte „liberale“ Bourgeois-

ministerium Frere-Orban-Bara, und als schließlich, trotz dem Segen des Unsehlbaren die Langrand'sche Blase mit Verbreitung mephitischen Geruchs plagte, hatten die Herren sich in der Regierung so festgesetzt, daß sie dem Sturm trogen, und den schwer kompromittirten Dedeker zum Gouverneur von Limburg ernennen konnten. Wie es scheint, hat diese letztere Freiheit nun dem Haß bürgerlicher Geduld den Boden ausgeschlagen. Am 22. d. richtete Herr Bara, Justizminister unter Frere-Orban, an das jetzige Pfaffenministerium eine Interpellation betr. Dedeker. In längerer Rede wies er den Zusammenhang des herrschenden Klerus mit den Langrand'schen Betrügereien nach, und zählte die kolossalen Summen auf, welche Herr Dedeker, der neue Gouverneur, dabei eingestockt hat. Die Aufregung, welche in der Kammer hervorgerufen wurde, erstreckte sich auf einen Theil des Publikums. Menschenmassen durchwogten die Straßen und es kam zu Demonstrationen, welche eine Zeitlang einen drohenden Charakter trugen. Indes scheint die „Ruhe“ mittlerweile wiederhergestellt worden zu sein. Und das ist nicht zum Bertwundern, wenn wir bedenken, daß Ankläger und Angeklagte im Punkt der öffentlichen und privaten „Moral“ genau auf derselben Stufe stehen. Wer ist Herr Bara? Der „liberale“ Justizminister, welcher die Internationale verfolgte, die Arbeitermegeleien der Jahre 1868, 1869 und 1870 mitanordnete und, sammt seinen gestürzten Kollegen, die Klasseninteressen der Bourgeoisie mit fanatischer Rücksichtslosigkeit vertrat. Sein Angriff auf Langrand-Dedeker war nicht durch höhere sittliche Motive eingegeben, sondern durch den Konkurrenzneid, — der Bourgeois mißgünstig dem Pfaffen das Privileg der Ausbeutung des Volks, das er für sich allein in Anspruch nimmt. Das ist Alles. Klein Wunder daher, daß die Arbeiter, die allein diesem parlamentarischen Wortkampf ein ernsthafte politische Bedeutung hätten verleihen können, mit gekreuzten Armen dastehn blieben, und, ohne einen Finger zu rühren, ihre Gegner einander zerfleischen ließen. Dank dieser Neutralität der Arbeiter haben wir einen Skandal zu verzeichnen und keine Revolution.“

Herr Thiers hat zur Abwechslung einmal 2 bonapartistische Zeitungen unterdrückt, und davor Zeitungspreise der gesinnungstüchtigen, respektablen Presse, die kein Wort des Bedauerns hatte, als derselbe Thiers mit einem Federstrich durch Proklamirung des Belagerungszustands die gesammte demokratische und sozialistische Presse Frankreichs vernichtete. Für uns hat die Maßregel nur insofern Interesse, als sie die ganze Jämmerlichkeit dieser Regierung enthüllt, die sich sogar von dem bankrotten Gestadel der Dejemberbanden's Vockshorn jagen läßt.

Die Versailler „Begnadigungskommission“ — ein von Thiers geschaffenes Instrument, um den Haß der Republikaner wegen der von Anfang an beschlossenen Hinrichtung der Beurtheilten von sich auf Andere abzuwälzen — hat, dem Blutdurst der herrschenden Ordnungspartei entsprechend, die Begnadigung der zum Tode Verurtheilten endgiltig abgelehnt. Der Heldengreis Thiers, welcher jüngst von „Mäßigung“ sprach, die man fortan den Kommunalisten gegenüber müsse walten lassen, wird nun, nachdem er die Vollziehung der Todesurtheile genehmigt haben wird, seinen vor einigen Wochen gethane Ausspruch „Niemand habe ich mein Vaterland belogen“, in zweiter Auflage zum Besten geben.

Durch die Zeitungen geht die Notiz, der Londoner Zweig der Internationalen habe dem liberalen Parlamentsmitglied Sir Charles Dilke, der einige republikanische Phrasen vom Stapel gelassen, für seine „hervorragenden Verdienste um die Volksfrage“, zum Ehrenmitglied ernannt; und dasselbe Schicksal sei vorher Herrn Ludwig Kossuth zu Theil geworden. Es liegt hier eine Verwechslung mit einer andern Gesellschaft vor, die sich zur Täuschung des Publikums den Namen „Internationale“ beigelegt hat, und in kontinentaler Schwachdemokratie macht. Auf diesen Doppelgänger, der jedes Einflusses entbehrt, wurde schon früher im „Volksstaat“ aufmerksam gemacht. Die Internationale Arbeiterassoziation treibt nicht den Humbug der Ehrenmitgliedschaften, hat mit liberalen Salbadereen à la Dilke*) nichts zu thun, und würde den russisch-Napoleonischen Agenten Kossuth, wenn er sich bei ihr präsentirte, sans façon zur Thür hinauswerfen.

*) Die uns soeben zugegangene Brüsseler „Liberté“ sagt die Sache genau so auf wie wir. Wir erfahren aus unserm Schweizerorgan noch weiter, daß die Paräische Interpellation ein lange vorbereiteter Theaterkoup war, und daß die furchtbare Aufregung, von der wir gelesen, sich wesentlich auf so und so viel Thaler für Telegramme und Zeitungsberichte zurückführen läßt. Nach dem Sprichwort: Take a thiel to catch a thiel (um einen Spießbub zu fangen, nimmt man am besten einen Spießbub) war Hr. Bara allerdings vortrefflich dazu befähigt, die Pfaffenwinddeleien an den Branger zu stellen, aber es giebt auch ein anderes Sprichwort, das da lautet: Eine Krähle haßt der andern die Augen nicht aus — und aus der „Liberté“ sehen wir, daß Hr. Bara in seinen Angriffen nicht über die Grenze hinausgegangen ist, welche das Bewußtsein der Schuttsolidarität ihm auferlegt. R. v. B.

*) Die politische Intelligenz dieses Dille erhebt, aus nachhiedendem Ausspruch, den er gegen einen Berichterstatter der „New-York World“ that: „Sollte das Unterhaus je den Wunsch hegen, der Monarchie ein Ende zu machen, so liegt die Gewalt, dieses Ziel ohne Zuthun des Oberhauses zu erreichen, in seiner Hand. Es braucht bloß die Geldbewilligungen einzustellen und die Erneuerung der Reuterei-Acte zu verweigern, so muß die Monarchie in einem einzigen Tage ihr Ende erreichen.“ Was ungefähr so klug und weise ist, als wollte man sagen: Wenn Bismarck, Roon, Stieber, Rühler, Blankenburg, Senff-Pilsch, kurz alle Vertreter des preussischen Militärs, Junter- und Polizeistaats sich für die Republik erklären, muß in Preußen die Monarchie in einem einzigen Tage ihr Ende erreichen.“

handelt, nach dessen Hausordnung sie zu arbeiten und zu leben haben. — Und glaubt man etwa, daß diese barbarische Behandlung schuldlos Unglücklicher von der Zukunft in das Arbeitshaus abführt? O nein! Die Noth zwingt die Obdachlosen ins Arbeitshaus zu gehen, trotzdem sie im Voraus wissen, was ihrer dort harret.* Es ist daher die mehr oder minder starke Frequenz des Arbeitshauses in Berlin ein ganz unrichtiger Gradmesser der Wohnungsnoth und des Pauperismus daselbst überhaupt, denn die Wohnungsnoth ist doch bekanntlich nur ein Ausfluß des allgemeinen sozialen Elends. Hören wir nun, was aus den amtlichen Verwaltungsberichten über das Arbeitshaus pro 1870 hervorgeht:

Schon im Jahre 1870 ist die Zahl der als obdachlos eingetragenen Familien und Personen gegen die Vorjahre bedeutend gestiegen. Durchschnittlich wurden nämlich täglich 559 Personen, gegen 469 des Jahres 1869, also 95 Personen täglich mehr verpflegt. Bemerkenswert ist ferner, daß von 158 Familien, deren Familienoberhaupt, der Mann, doch mit obdachlos geworden ist, nur 19 Männer bei ihren Familien blieben, das heißt mit ins Arbeitshaus kamen, während sich 139 Männer von ihren Familien trennten, jedenfalls, um ihrer Arbeit nachzugehen. Es geht hieraus klar hervor, daß die obgelagerte Wohnungsnoth in hohem Grade schon 1870 vorhanden war und im Steigen begriffen ist. Der Bericht gesteht zu, daß die mit dem Jahre 1867 zunehmende Obdachlosigkeit am 1. Oktober 1870 eine solche Höhe angenommen hatte — 46 Familien mit 126 Personen wurden „eingeliefert“ —, daß große Besorgnis vorhanden war, bei dem nächsten Quartalswechsel werde dem Bedürfnis nicht entsprochen werden können. Es ist dies auch im April dieses Jahres eingetreten, und nur durch die durch Privatwohlthätigkeit gegründeten Asyle ist eine theilweise Abhilfe möglich geworden. Also die Arbeit ist nicht im Stande, die nöthigsten Bedürfnisse des Arbeiters und seiner Familie zu befriedigen, er verfällt der „Privatwohlthätigkeit“, d. h. er wird Almosenempfänger, obwohl er arbeitsfähig ist. Dies ist das amtliche Eingeständnis des wachsenden Pauperismus im Jahre 1870. Was wird der Bericht über das glorreiche „Gnadenjahr“ 1870 sagen?

Zu den Hirsch-Dunder'schen Einigungs-Ämtern.**)

Wir haben im ersten Artikel den Nachweis geführt, daß das Schiedsgericht des Hirsch-Dunder'schen Arbeitshauses etwas ganz Anderes ist als die Hirsch-Dunder'schen Einigungsämter, sowohl der inneren als der äußeren Beschaffenheit nach. Namentlich betonten wir, daß die Einigungsämter von der (von uns gelagerten) Möglichkeit der „Beseitigung aller bestehenden Differenzen auf gutlichem Wege ausgehen“, und die Thatsache außer Acht lassen, daß ihnen die Macht, ihren Beschlüssen bindende Kraft zu verleihen, vollständig fehlt.

Ist somit die Grundidee dieser Einigungsämter eine absolut falsche und unausführbare, so ist es kaum notwendig, auf alle Einzelheiten des Musterstatuts einzugehen. Einige hervorstechende Züge desselben mögen als Probe genügen.

1) Die Mitglieder des Einigungsamtes sollen (nach § 2)

*) Nächst haben einige Inassen des Arbeitshauses, deren Behandlung seitens der Hauspolizei eine die schlimmsten Erwartungen der Unglücklichen übertreffende war, Feuer im Hause angelegt, um, infolge dieses Verbrennens, in das Gefängnis zu kommen. So sonntätig in der Gerichtsverhandlung. Verhülltes kommt in den englischen Werkhäusern nicht selten vor. Die Bourgeoisie ist sich eben überall gleich: sie erkennt es als ihre Pflicht an, für die Armen zu sorgen, erfüllt aber diese Pflicht mit einer so raffinirten Grausamkeit, daß die Armen es vorziehen, ins Gefängnis zu gehen, wo sie bessere Nahrung finden und bessere — Behandlung, ein dramatisches Verweis dafür, daß in der heutigen Gesellschaft die Armut die größte aller Verbrennungen ist.

**) Wir haben der „Vollstreckung“ in voriger Nummer Unrecht getan, als wir sagten, daß sie uns auf unsere Anfrage („wann der „Vollstreckung“ auf die Einigungsämter „geschimpft“ habe“) nicht geantwortet hätte. Die gewünschte Antwort befindet sich in der „Vollstreckung“ von 15. November — wir hatten dies leider übersehen — und lautet: „Vollstreckung Nr. 89, Spalte 3, Spalte 2, Zeile 21 u. f. m.“ — Da soll also „geschimpft“ sein! Eh bi! Wir schlagen die betreffende Stelle nach und finden eine von uns verfaßte Einleitung zu dem Aufruf der Berliner Ortsvereine zu Gunsten der Einigungsämter, die wir — um zu zeigen, was die „Vollstreckung“ „schimpfen“ nennt — hier wiedergeben wollen, mit dem Bemerkten, daß die durch Ausführungszeichen („“) gekennzeichneten Stellen dem gedachten Aufruf der Ortsvereine selber entnommen sind. Folgendes also soll nach Ansicht der „Vollstreckung“ „geschimpft“ sein:

Galleulujah! Die Lösung der sozialen Frage ist entdeckt! Der Stein der Weisen gefunden! Und zwar, gleich allen großen Entdeckungen, zeichnet sich auch diese durch wunderbare Einfachheit aus. Man setzt sich um einen Tisch zusammen — voilà tout (das ist Alles). Ob der Tisch von „begrietenem Fichtenholz“ ist und „gerüstet“ wird; ob Hodgson-Pratt'scher Brandy and water) darauf zu stehen hat oder nicht — das ist noch dahin gestellt. Genug: man — namentlich „Vertreter“ der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (alias Arbeiter) — setzen sich von Zeit zu Zeit um einen Tisch zusammen, und das „neue Wiederwunder“ ist in der Geburt erdicht, das „Reich des Kommunismus“ zerfällt, und „Freiheit und gegenseitige Förderung“ herrscht zwischen Meistern und Arbeitern — genau so, wie im Mutterland England, wo die böse sozialdemokratische Praxis der Streikmacherei bekanntlich zu den „überwundenen Standpunkten“ gehört. Wer's nicht glauben will, der lese nachstehendes Circular der Hirsch-Dunder'schen Harmonieapostel, da steht's schwarz auf weiß.

Es folgt nun der Aufruf der Ortsvereine, welcher außer einer sehr ungeschickten Apologie (Verteidigung) der Einigungsämter (siehe besonders die in ihrer Art falsche Stelle: „Der allein richtige Weg zur Entscheidung gleichberechtigter Interessen ist das Einigungsamt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen eine Anzahl Vertreter wählen, die sich von Zeit zu Zeit um einen Tisch zusammensetzen und die Meinungen ihrer Interessen besprechen“) eine noch plumpere Denuntiation der Sozialdemokratie enthält, z. B., daß die letztere „nur bezweckt, den Boden des Vaterlands mit Trümmern zu bedecken, auf denen sie ihr neues Wiederwunder errichten will — in der That aber nur die Sabelherrschaft gründer.“ — Wir glauben es dem Urtheile selbst das zersplitternden Kritikers überlassen zu dürfen, ob unsere oben citirte Einleitung des gedachten Denuntiationsmachwerks ein „Schimpfartikel“ ist oder nicht. Nicht „geschimpft“ haben wir, sondern eine Schabelei bloß lächerlich gemacht und dazu hatten wir ein Recht. Nicht bloß das Recht der Nothwehr gegen den böswilligen Denuntianten, sondern das Recht, den Gegner mit seinen eigenen Worten zu schlagen. Das haben wir getan; unser Raisonnement braucht lediglich auf Citaten aus dem Ortsvereins-Aufruf; wenn die „Vollstreckung“ diese als „Schimpfartikel“ gekennzeichnet haben will, — dann mag sie Recht haben!

†) Hodgson-Pratt war bekanntlich das Mitglied des Pariser Arbeiterkongresses, welches zur Lösung der sozialen Frage eine pauperisirende Anweisung, an welchen Bourgeois und Proletariat gemeinsam theilnehmen sollten.

ein ganzes Jahr lang amiriren. Wenn nun die Wähler sich in ihrem Vertrauensmanne getäuscht haben, so sind und bleiben sie demnach ein ganzes Jahr lang verkauft und verrathen. Zum Mindesten müßte doch die augenblickliche Abberufung des Vertrauensmannes seitens der Wähler allezeit gestattet sein!

2) Einigungsämter, deren Existenz von irgendwelchem praktischen Nutzen sein soll, müssen vor allem eine rasch operirende Maschine sein. Dieses Haupterforderniß wird aber durch das Musterstatut geradezu ironisirt, welches letztere (s. § 6) eine vierteljährliche Versammlung des Einigungsamtes zur Erledigung der Geschäfte festsetzt und die Anberaumung einer außerordentlichen Sitzung auf die Zeit von acht Tagen hinauschiebt, nachdem 3 Mitglieder des Einigungsamtes die außerordentliche Sitzung für nothwendig erklärt haben. — Wenn demgemäß die Arbeiter einer Fabrik am 1. des Monats mit ihrem Arbeitgeber über eine Lohnerhöhung unterhandeln, aber nicht einig mit ihm werden und die Angelegenheit am 2. dem Einigungsamt übergeben, so hat der Fabrikant 8 Tage Zeit, um, für den Fall, daß das Einigungsamt gegen ihn entscheidet, sein Haus zu bestellen. Innerhalb der 8 Tage kann er sowohl Arbeitskräfte von auswärts sich parat stellen lassen, für die Eventualität, daß er ihrer bedarf, als auch mit seinen Geschäftskunden über Aufschub des Lieferungstermins unterhandeln. Kommt nun der 9. des Monats heran und das Einigungsamt entscheidet gegen den Fabrikanten, so kann er einfach sagen: „Ihr Herren habt mir nicht das Mindeste zu befehlen! Und Eures Rathes oder Eurer Vermittelung bedarf ich ebensowenig; denn, ich brauche bloß nach N. zu telegraphiren, so sind die 100 Arbeiter, welche mir meine Agenten seit 8 Tagen kündbar angeworben haben, morgen hier am Plage. Wenn meine Arbeiter also, da ich ihren Forderungen nicht nachzukommen in der Lage bin, striken wollen — nun, meinewegen! Ich habe andere Arbeiter!“ — So wird durch dieses Einigungsamt, welches eine Angelegenheit, die einer möglichst raschen Erledigung bedarf, auf die lange Bank schiebt, und 8 Tage wartet, wo es in 2, höchstens 3 Tagen schon gehandelt haben müßte, das Interesse der Arbeiter auf's Höchste gefährdet. Um wie viel besser sind doch dieselben heute daran, wo sie durch einen plötzlichen ausbrechenden Strike, von dem der Arbeitgeber vorher keine Ahnung hat, diesen überumpeln und zum Nachgeben zwingen können!

3) Dem demokratischen Prinzip ist in dem Musterstatut geradezu mit Häuten in's Gesicht geschlagen: es sollen (nach § 5) die beiden Vorsitzenden je ein Arbeitgeber und ein Arbeiter sein und (nach § 8) abwechselnd den Vorsitz führen. Bei Stimmgleichheit soll aber der Vorsitzende eine doppelte Stimme haben. —

Wenn nun heute die Fabrik Schulze und morgen die Fabrik Müller vor das Einigungsamt citirt ist, welche beide ganz egale Streitpunkte mit ihren Arbeitern haben, so kann durch das Spiel des Zufalls folgendes passiren:

Zu der Angelegenheit Schulze giebt heute der Vorsitzende, welcher grade ein Arbeitgeber ist, seine Doppelstimme zu Gunsten des Fabrikanten ab. Wenn morgen die Angelegenheit Müller, welche sich von der Schulze'schen in nichts unterscheidet, zur Verhandlung kommt, ist der erste Vorsitzende gerade krank und der zweite, ein Arbeiter, giebt seine Doppelstimme zu Ungunsten des Fabrikanten ab. —

Und einem Gericht, dessen Urtheil einem so wechselfälligen Schicksal unterworfen ist, soll man sich anvertrauen? —

Doch setzen wir einen noch schlagenderen Fall, und gerade den, um welchem es sich hauptsächlich handelt: Nehmen wir an, es sei eine Differenz zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ausgebrochen, die, wenn nicht beigelegt, zu einem Strike führen muß. Das Einigungsamt versammelt sich. Der Vorsitzende, ein Arbeitgeber, und Vertreter der Harmonielehre, beweist den Arbeitern, daß sie in ihrem wahren Interesse, im Verständniß der Harmonie, sich unterwerfen müssen; und, obsonen die Arbeiter sich auf die Hinterfüße stellen und von Strike reden, setzt er vermittelst seines Doppelvotums einen Beschluß im Sinne der „Harmonie“ durch. Gut. Nächsten Tag, oder, unfertwegen auch erst nächste Woche, versammelt das Einigungsamt sich wieder. Diesmal präsidiert ein Arbeiter. Die betreffende Differenz wird wieder zur Sprache gebracht. Die Arbeitgeber protestiren gegen die Wiederaufnahme der Sache, die in der vorhergehenden Sitzung bereits „harmonisch“ erledigt worden sei. Hilft nichts. Die Arbeiter sind störrisch, der Vorsitzende entscheidet zu ihren Gunsten — der Gegenstand wird von Neuem auf die Tagesordnung gesetzt: die Arbeitgeber predigen „Harmonie“, die Arbeiter bestehen darauf, sich nicht länger „harmonisch“ ausbeuten und maltrairiren zu lassen. Ein Antrag auf Strike wird von den Arbeitern gestellt; die Arbeitgeber protestiren. Ihr Protest wird aber durch den Vorsitzenden für unberechtigt erklärt — es kommt zur Abstimmung: und Dank der Doppelstimme des Vorsitzenden, der heute ein Arbeiter ist, erklärt sich die Majorität für den Strike, also gegen die „Harmonie.“ Die Arbeitgeber protestiren nochmals, es sei statutenwidrig, einen einmal gefaßten Beschluß anzustößen, die Arbeiter antworten, jede Versammlung von Männern habe zu jeder Zeit das Recht selbständiger Entscheidung; keine Gesellschaft, wie kein Mensch, sei unschulbar, man könne seine Meinungen und folglich auch seine Beschlüsse ändern, überdies handle es sich hier nicht um veränderte Meinungen, sondern bloß um den Ausdruck der Thatsache, daß die Majorität von gestern (oder voriger Woche) heute Minorität sei — die Minorität solle sich „harmonisch“ fügen. Das fällt ihr aber nicht ein: Die Arbeitgeber sind, wo es sich um die Praxis handelt, so „unharmonisch“, auf die Harmonietheorie zu pfeifen, und, das Klasseninteresse voranstellend, geben sie nicht nach; die Arbeiter desgleichen und schließlich — löst sich das Einigungsamt im Wohlgefallen auf — wir wollen bloß hoffen, ohne Anwendung der Kaiser-Tölpel'schen Knäppels.

Und damit Gott befohlen, lieber Max! —

Aus Paris.

(Der „Frankfurter Zeitung“ entnommen.)

Alles ist einem unerträglichen Interim*) unterworfen, von dem man nicht weiß, was daraus werden soll. Die Republik besteht, doch ob sie noch lange bestehen wird und welcher Art, ist bis jetzt trotz aller Fortschritte des republikanischen Gedankens nur ein Wunsch. Bezüglich der Industrie aber läßt sich selbst kaum von einem Interim sprechen, denn dieselbe liegt arg darnieder und leidet nicht nur noch an den Folgen der beiden furchtbaren Kriege, des Kriegs mit der Belagerung und der Kommunezeit, sondern sie muß für den Augenblick auch einen ganz bedeutenden Theil ihrer intelligentesten Arbeiter entbehren, welche zu Tausenden — allein 12,000 Schuhmacher und 6000 Schneider — in den Seehäfen und in Satory*) einem sich unendlich hinausschiebenden Urtheil entgegensehen. In Varenthese gesagt, erscheint es für die Versailles' Regierung nicht gerade schmeichelhaft, daß ein so bedeutender Theil der intelligenten Pariser Bevölkerung durch die Commune kompromittirt ist. Was nun aber Kunst und Wissenschaft und das, was man speziell unter „Pariser Leben“ versteht, anbetrifft, so herrscht auch hier ein Interim, für welches eine sehr baldige günstige und endgültige Aenderung zu wünschen wäre. Auf den Boulevard's wimmelt's wieder von Petits grevés** (oder petits gras, wie man jetzt sagt) und Kokotten; die Theater leben von Reprisen***); die Schandpresse des zweiten Kaiserreichs, als „Figaro“ und „Gaulois“, nebst neugeborenen Nachwuchs, wuchert in alter Leppigkeit, und Wabille und Valentinot) haben ihre lichtbestrahlten Hallen wieder kasterweit geöffnet.

Das vornehme Paris, das Paris der Börsen-Spekulations- und Vergnügungswelt lebt von den Traditionen des Kaiserreichs und das niedere Paris, das Paris der Vorstadtbevölkerung, der Arbeiter und des Kleinbürgers ist noch ganz erfüllt von der Erinnerung an die Commune. Eigentümlicher Weise machen in diesen Kreisen sogar die Sympathien für die Commune große Fortschritte. Eine bezeichnende Erscheinung hierfür ist, daß man die Commune im Volksmund schon lange von dem mit ihrem Todeskampfe zusammenfallenden Greueln reingewaschen hat. Immer allgemeiner wird die Uebersetzung, daß die Commune durch kirchliche und politische Reactionäre theils verleumdet, theils mißbraucht worden ist. Man erinnert daran, daß sich die Versailles von vorne herein nicht scheuten, einige der schönsten und reichsten Stadtviertel von Paris, wie auch den Triumphbogen in Trümmer zu schießen. Weiter hat sich herausgestellt, daß viele der zum Beweis gegen die Commune dienenden Dokumente — von denen nur zwei oder drei als offizielle Befehle zur Inbrandsetzung öffentlicher Gebäude ausgestellt werden können — gefälscht sind. Zum Schluß) aber haben selbst reaktionäre Blätter die Unvorsichtigkeit gehabt, die Preußen mit in's Spiel zu ziehen, und so erscheint es Vielen als ausgemacht, daß jeder anderen Partei, ausgenommen der Commune, die Verantwortung der Verwüstung von Paris aufgebürdet werden müsse.

Freilich giebt es auch Leute, welche nicht daran zweifeln, daß die Commune Paris zerstören wollte, aber nicht Alle ergehen sich darum in Flüchen und Bervünschungen. Sie suchen die Ursachen des Furchtbaren zu erkennen. Gewiß, sagen sie, die Ereignisse waren entsetzlich, grauenhaft, aber ist es zu verwundern, wenn das Volk, welches sich noch in jüngster Zeit aus in der That für seinen Bestand unbegreiflichen Gründen von seinen sogenannten legitimen Leitern und Beschützern hat in einen Krieg führen lassen müssen, in welchem sich Dinge wie Inbrandsetzung von Städten, Erschießung von Weibern, ja von Frauen und Kindern u. s. f. jeden Tag ereigneten — also wenn das Volk, welches dieses Alles hat ansehen und erdulden müssen, nun zu denselben Mitteln greift, um zu einem ihm sehr begreiflichen Zweck, d. h. zur Verbesserung seiner erbärmlichen Lage und zur Erreichung eines ihm vorschwebenden Glückes zu gelangen?

Doch, wie gesagt, ist das Paris der Commune in nächstliche Schatten gehüllt und darf vorerst nicht wagen, sich in einem hellen Lichte zu zeigen. Denn noch ist die schon mehrmals angekündigte Aufhebung des Belagerungszustandes nicht erfolgt, und noch hängt das Damoklesschwert der wachsamem Polizei über der geringsten verdächtigen Bewegung.

Doch, wie gesagt, ist das Paris der Commune in nächstliche Schatten gehüllt und darf vorerst nicht wagen, sich in einem hellen Lichte zu zeigen. Denn noch ist die schon mehrmals angekündigte Aufhebung des Belagerungszustandes nicht erfolgt, und noch hängt das Damoklesschwert der wachsamem Polizei über der geringsten verdächtigen Bewegung.

Aufruf an die Mitglieder der Internationalen Gewerkschaft der Schuhmacher und verwandten Gewerke.

Bürger! Da jetzt die Gemüther wieder ruhiger sind nach Beendigung des gewaltigen und blutigen Kampfes zwischen Deutschen und Franzosen, müssen wir mit verdoppeltem Eifer auch wieder für die Prinzipien und die Organisation unserer Gewerkschaften, für die Emanzipation des arbeitenden Volkes eintreten.

Es ist leider nicht genug, daß die Vorkämpfer eines jeden Krieges in erster Linie auf die unteren Volksschichten, auf den Arbeiterstand gewirkt werden; es wird auch zugleich die Möglichkeit genommen, während der Dauer des Krieges für die gemeinsame Sache des Proletariats mit Erfolg zu arbeiten.

Es ist daher dringend nöthig, daß wir aus solchen Ereignissen die Lehre ziehen: die Arbeiter müssen sich vereinigen, sich klar ihrer Interessen bewußt werden; wenn dieses erreicht ist, wird solche Stützung aller gewerblichen Verhältnisse und solche eine Ausbrettung zu Gunsten der privilegierten Klassen nicht mehr möglich sein, sondern friedlich werden die einzelnen Glieder der Gesellschaft, sowie die verschiedenen Nationen neben einander leben und nur mit den Arbeiten des Geistes und der Hände weiterfeiern.“

Um zu diesem Ziele zu gelangen, muß vor Allem unsere Gewerkschaft groß und stark werden; die in unserm Geschäfte noch vorhandene 12—16stündige Arbeitszeit muß einem Normalarbeitstag von 10 Stunden Platz machen, damit wir Zeit für unsere geistige Ausbildung bekommen. Wir müssen ferner dafür sorgen, daß die Organisation von Krankenkassen und Invalidenkassen kräftig veranlaßt, denn gerade an diesen Institutionen hat selbst derjenige Arbeiter ein Interesse, welcher noch nicht von dem Geiste unserer Kampfbilder befeuert ist, und dienen die gedachten Kassen bei richtiger Anwendung als gewaltiges Agitationsmittel. Wir müssen durch fortwährenden Zuwachs von neuen Mitgliedern dahin gelangen, daß unsere Kassen gefüllt, und dadurch Productiv-Affoziationen ins Leben gerufen werden, durch deren bewußtliche Inangriffnahme seitens des Staats allein eine gründliche Hilfe herbeigeführt werden kann.

Es muß endlich von Seiten aller unserer Mitglieder eine regere, lebendige Betheiligung am politischen Leben obwalten, denn nur durch das Erlangen politischer Rechte und Ausübung derselben können wir auf dem sozialen Gebiete mit Erfolg arbeiten.

Und nun, Gewerkschaften der Schweiz und Deutschlands, schafft fleißig im oben angedeuteten Sinne; je mehr wir leben, das unsere Sache vorwärts geht, um so freudiger werden wir unser Amt verwalten.

Im Auftrag des Verwaltungsraths:

Jülich. Wilhelm Dahl, Vorsitzender, Ruttelgasse 51.

*) Wo die Kommunegewerkschaften lebendig verhalten.

**) Zierengel, die sich Kätressen halten, mitunter auch von ihnen gehalten werden; Kokotten — Dirnen, Kätressen. — Unter der Herrschaft der Commune war dieses Gefindel der Bourgeoiswelt bekanntlich nach Versailles, zu den Retttern der Gesellschaft und der Familie, ausgewandert. **) allem Abhub.

†) Zwei Sammelorte der Demitruide und ihrer „bonneten“ Berceur; zu den Zeiten der Commune waren diese Lokale geschlossen.

*) Zwischenzustand.

Auch in Dänemark hat die Internationale Wurzel gefaßt. Die Kopenhagener Sektion nahm am 20. d. auf einer zahlreich besuchten Versammlung folgende Resolution an: „Die Arbeitsniederlegungen sind allerdings ein gesetzliches Mittel, um eine Verminderung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Arbeitslohnes herbeizuführen; doch sind sie so lange unzulässig, bis nicht „Striktkassen“ errichtet sind. Ferner hält die Versammlung eine achtstündige Arbeitszeit für angemessen, will sich indes vorläufig auf die Agitation für die zehnstündige beschränken.“

Einer Erklärung Bebel's in der „Demokratischen Zeitung“ über die bekannten Verläumdungen seitens des „Neuen Sozialdemokrat“ entnehmen wir Folgendes:

Vor drei Jahren machte ich den Versuch, den wegen gemeiner Verbrechen der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gewordenen Urheber jener Verläumdung, Herrn Tölke, zu verurteilen. Der verstorbenen Rechtsanwältin Herr Hirsmann ließ mir erklären, daß auf Grund jener Unschuldsfindungen eine Klage mit Erfolg nicht möglich sei, weil die Richter auf Grund des Gesetzes keine Verurteilung darin erblicken würden, denn die Behauptung, im Solde des Erbfolgs von Hannover zu stehen und 600 Tblr. jährlich von demselben zu beziehen, enthalte an und für sich nichts Ehrenrühriges. Ich erklärte hierauf im „Volkshaar“, daß ich in Folge dieses außer Stande sei, die gewünschte Klage anhängig zu machen, richtete aber gegen Herrn Tölke nun meinerseits die denkbare schwerste Beleidigung und forderte ihn auf, nunmehr mich zu verurteilen und zu beweisen: daß er ein „Schuft“, wie ich ihn genannt, nicht sei, indem er gegen mich für die von ihm gemachte Behauptung den Beweis der Wahrheit antrete. Herr Tölke fand für gut, die Beleidigung einzustehen, und nicht zu klagen. So steht die Sache bis heute, wo der „Neue Sozialdemokrat“, seiner Natur entsprechend, es angemessen findet, die alten Klagen wieder aufzutischen. Ich gönne ihm das Vergnügen.

Eine Tatsache will ich anführen, die manchem Verhörten die Augen öffnen dürfte. Letzten Sonnabend sprach ich im Striktkomitee der Sattler über die soziale Frage. Der Generalstab des „Neuen Sozialdemokrat“, unter Leitung eines sogenannten Literaten Namens Haffemann, Redakteur des erwähnten Blattes, kommandierte denselben, und man versuchte nach meinem Vortrag in der Debatte, mich unter allen Umständen moralisch zu vernichten. Der Versuch mißlang vollständig und die Herren mußten mit langer Nase abziehen. Am Schluß der Versammlung kam ich in ein Wortgespräch mit den Mitgliedern des Generalstabs, den Herren Zielowsky und Finz; ich warf ihnen das Ungeheuerliche ihrer Kampfweise vor und siehe da, Beide erklärten, wie aus einem Munde: sie müßten uns belämpfen, denn, würde eine Einigkeit zwischen der Sozialdemokratie heute hergestellt, so schreite morgen die Regierung mit aller Macht ein, um sie zu unterdrücken.

Dieser kann man wahrhaftig nicht sein. Bewußt und mit Vorbedacht arbeiten also diese Herren auf die Spaltung los und damit der Regierung in die Hände; mehr zu wissen, ist nicht nötig. Berlin, den 21. November 1871. A. Bebel.

In der „Demokratischen Zeitung“ vom 25. Nov. finden wir folgende Erklärung:

Die Endunterzeichneten ehemaligen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, jetzige Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher Programms), erklären Namens sämtlicher Breslauer Sozialisten die in Nr. 60 und 61 des „Neuen Sozialdemokraten“ enthaltenen Angriffe gegen die Beamten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei für infame Verläumdungen. Sie fordern die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins auf, die Verfasser jener lächerlichsten Artikel, welche das große Einigungs-werk unserer am diesigen Orte ruhenden unerschütterlichen Lehres und Agitationen K. Kaffalle auf so perfide Weise zu hintertreiben suchen, aus der Redaktion ihres Vereinsorgans zu entfernen. Breslau, den 20. November 1871.

J. Scheil, F. Helbig, G. Jaak, G. Würde, B. Rhein, H. Scheil, W. Sappe, H. Krümmen, W. Heinert, K. Kaiser, E. Färber.

Das Parteiorgan erhielt dieser Tage von verschiedenen Mitgliedschaften Zustimmungserklärungen zu dem Verhalten Bebel's im Reichstag. Wir glauben, daß eine Veröffentlichung dieser Erklärungen, welche sehr viel Raum in Anspruch nehmen würde, überflüssig ist, zumal in Bezug auf diese Angelegenheit innerhalb unserer Partei keine Meinungsverschiedenheit herrscht.

Charakteristisch für die Zustände im „neuen Reich“ ist folgender Bericht über die in letzter Nummer schon gemeldete Verhaftung Schmidt's:

Herborn, 21. Novbr. Unser Parteigenosse Wilh. Schmidt, welcher früher den Wegweiser in Wiesbaden und Mainz oft ins Auge gefaßt, und vor 2 Jahren die Agitation in Holsheim betrieb, wurde heute Abend 7 Uhr durch die Staatsanwaltschaft von Dillenburg verhaftet. Hierzu war nötig ein ganzer Apparat von Beamten, Gendarmen, Polizeidienern etc. Der Grund ist, so viel uns bekannt, folgender: Durch die großartigen Polizeimaßnahmen, denen wir ausgesetzt sind, nämlich: daß sämtliche Buchdrucker und zugleich Besitzer der Volksblätter hier und in Dillenburg durch die Polizei veranlaßt wurden, keine Annonce für uns mehr aufzunehmen, keine Plakate für uns zu drucken, sogar daß die Wirthe veranlaßt wurden, ihre Lokale zu unseren Versammlungen zu verweigern, haben wir uns veranlaßt gesehen eine öffentliche Volksversammlung anzuschreiben mit der Tagesordnung: Das Vereins- und Versammlungsrecht Schmidt kritisierte in dieser Versammlung das Verhalten der Polizei in hiesiger Gegend, sowie das Auftreten „Kastlerchens“ im Reichstag Bebel gegenüber. Da durch Verfüzung der hiesigen Polizeibehörde, welche beilegt, unsere Parteimitgliedschaft als Verein betrachtet und in Folge dessen aufgelöst wurde, veranlaßt unser Parteimitglied Schupp, in dieser Versammlung zu erklären, daß dieses Verfahren ungesetzlich sei, indem wir hier keinen Verein bildeten, sondern nur Mitglieder einer über ganz Deutschland verorgnigten Partei, und daß sich Niemand vor der Polizei zu scheuen brauche, unserer Partei beizutreten. In Folge dieser Aufforderung schloß der Bürgermeister Stellvertreter, F. W. Hoffmann von hier, die Versammlung. Dieser Hoffmann, 1848er Demokrat und als Kampfbild in jener Zeit oftmals in Untersuchung gewesen, aber heute Nationalliberaler trug ein Wasser, entblödete sich nicht, Schmidt in der geführten Versammlung zu erklären: Die Behörden legten die Weisung aus nach ihrer Ansicht und hätten ein Recht dazu. Wir sind mit Ausnahme einiger Mitglieder neu in der Bewegung, befehlen aber den Mutigen, die seiner Zeit „Vassalle auf den Knien geschworen“, und werden nie verzagen, trotz aller Polizeimaßnahmen, sondern dieselben werden uns zu neuem Kampf anspornen. Wir glauben, daß wir einen Kampf hier durchsetzen, der in Preußen noch nicht vorgekommen, wenn man bedenkt, daß, wenn wir nur auf ein gemöhnliches Dorf gehen, die Polizei des ganzen Kreises uns folgen muß.

Die hiesigen Parteigenossen (Die oben erwähnte Bekanntmachung lautet: Herborn, den 17. Novbr. 1871.

Da es erwiesen erscheint, daß hieselbst unter dem Namen „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ ein Verein begründet worden ist, welcher mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken durch Ausschüsse resp. Centralorgane in Verbindung steht, so erkläre ich hiermit auf Grund des § 8. a. 2 der Verordnung vom 11. März 1860 über die Behauptung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauches des Versammlungs- und Vereinsrechtes den bezeichneten hiesigen sozialdemokratischen Arbeiterverein, vorbehaltlich des gegen die

Betheiligten gesetzlich einzuleitende Strafverfahren, bis zur Ergehen den richterlichen Entscheidung für geschlossen. Zugleich mache ich darauf aufmerksam, daß durch § 16. a. 2 des Vereinsgesetzes derjenige welcher sich bei einem auch nur vorläufig geschlossenen politischen Vereine als Mitglied ferner betheiligt, mit Geldstrafe von 5 bis 50 Tblr. oder Gefängnisstrafe von 8 Tagen bis zu 3 Monaten bestraft ist.

Der Bürgermeister
E. d. L.

Leipzig, Am 19. d. M. konstituirten sich die hiesigen Glaser- und Böttchergehülfen, und zwar jedes dieser Gewerke als selbständige Sektion der internationalen Gewerkschaft der Holzarbeiter. Von der Ueberzeugung gedrängt, daß es notwendig sei, an Stelle der Zersplitterung eine feste Vereinigung zu setzen, fand man die Organisation der internationalen Gewerkschaft der Holzarbeiter für die beste und wurde deshalb der Beschluß gefaßt, derselben beizutreten. Doch glaubte man die Interessen der einzelnen Gewerke noch besser wahren zu können, wenn man zugleich für diejenigen Branchen, deren Mitgliederzahl nicht genug ist, selbständige Sektionen formirt, jedoch in der Weise, daß diese der gesammten Organisation nicht hinderlich sind. Es wurde ferner beschlossen, den Arbeitsnachweis durch die Sektionen in die Hand zu nehmen und die Einrichtung der englischen „Kaufhäuser“ zu acceptiren.

Der Entschluß, der Gewerkschaft der Holzarbeiter beizutreten, verbandt sein Entstehen der Ansicht, daß es unmöglich sei, einen politischen Verein der Glaser, Böttcher, des Böttcher, zu gründen, welcher im Stande wäre, bei ausstehenden Konflikten mit den Arbeitgebern den Arbeitern eine solche Unterstützung zu gewähren, daß dies aber möglich sei in einer Organisation, die alle Holzarbeiter in sich aufnimmt. Ferner sagte man sich, daß es einem Verband der Glaser oder Böttcher unmöglich sei, seine Verbindungen auch auf kleinere Städte fortzusetzen, in denen sie doch nur in geringer Zahl vertreten seien, wohl aber sei es möglich, einen Zweigverein der, in allen größeren Städten Deutschlands bestehenden internationalen Gewerkschaft der Holzarbeiter zu gründen, da dieselbe alle Holzarbeiter in sich aufnehme und selbst Arbeiter anderer Berufszweige, welche an ihrem betreffenden Orte keine eigene Gewerkschaft gründen können. Man sah ein, daß die Interessen aller Holzarbeiter solidarisch sind, indem Einer für Alle und Alle für Einen eintreten müssen im Kampfe für die Rechte des Arbeiters.

Wir finden vielfach, daß wenn eine der Branchen im Kampfe mit den Arbeitgebern die Arbeit niederlegte, leider verwandte Gewerke die Arbeit weiterführten, bis die feindlichen Arbeiter durch Hunger gezwungen waren, wieder zu ihrer Arbeit zurückzukehren. Dies wird aber nicht mehr möglich sein, wenn ein festes Band alle Holzarbeiter in den Gewerkschaften umschließt.

Noch größer und erhabener aber wirkt das Bewußtsein auf den Arbeiter, einer großen Organisation anzugehören, die als eine geschlossene Masse hinter ihm steht, bereit, gegen jedes ihm angethane Unrecht Front zu machen. Jene Behandlung aber, die sich der Arbeiter nur zu oft von Dem muß gefallen lassen, dessen Taschen er mit seiner Hände Arbeit füllt, jene Behandlung, die eines freien Mannes unwürdig ist, sie wird ganz bestimmt eine andere werden, wenn der Arbeitgeber sieht, daß man es nicht mehr mit dem Einzelnen zu thun hat, sondern daß die geschlossene Masse von Tausenden hinter dem Arbeiter steht, einfließen, ihr Recht zu verschaffen.

Die Mitglieder der beiden Sektionen fordern nun hiermit die Kollegen ihrer Gewerke, sowie alle Holzarbeiter Deutschlands auf, sich der internationalen Gewerkschaft der Holzarbeiter anzuschließen und, wenn die Größe der Mitgliederzahl darnach ist, selbständige Sektionen der einzelnen Branchen zu formiren. Wir glauben durch Bildung von Sektionen dem ganzen Antriebsmangel der deutschen Gewerkschaften neue Bahnen eröffnet zu haben.

Holzarbeiter Deutschlands, vereinigt Euch!

Eingedenk Eurer hohen Pflichten, die Ihr Euch und Euren Genossen schuldig seid, jener Pflichten der Solidarität, welche alle Diejenigen zwingt, sich zu vereinigen, die heute noch unter dem Schloß des Kapitals leiden und ein hohes Leben dahin schleppen, geht Euch nicht der eilen Hoffnung hin, daß Euch eure Unterdrücker diese Fesseln von selbst abnehmen, unter denen Ihr entmenscht werdet. Seid Männer mit eisernem Willen und zerbrecht die Ketten, welche Euch drücken. Andere Hülfe giebt es nicht.

Ihr aber, die Ihr noch glaubt, eine etwas bessere Stellung zu behaupten, die Ihr noch nicht in den Abgrund des allgemeinen Elends hinabgezogen seid — auch Ihr seid Lohnsklaven; hoffet nicht, daß Ihr Euch und Eure, wenn auch vorläufig etwas bessere Stellung erhalten könnt. Bedenkt, daß wir im Zeitalter der Dampfmaschinen, der Eisenbahnen und der elektrischen Telegraphen leben, und daß Ihr zu ohnmächtig seid, das schnell treibende Rad der Zeit aufzuhalten; unaufhaltsam wird es Euch mit fortziehen in jenen Abgrund, in dem Eure Brüder zum größten Theil schon schwanden.

Kommt unser Beispiel nach! — Tretet ein in unsern Bund und schließt den eisernen Fißel fester. Unorganisiert sind wir Nichts — organisiert sind wir Alles!

J. A.
B. Schrader.

Offenbach. Die durch die Fabrikanten aufgedrungene Arbeitseinstellung der Maschinenbauer ist durch die Organisation der Maschinenbauer als siegreich beendet zu betrachten.

Am 24. November wurde von den Maschinenbauern die Arbeit wieder aufgenommen, indem man denselben die 10stündige Arbeitszeit (von Morgens 7 bis 6) genehmigt, außerdem eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 20% (Nebenerwerbssunden werden mit 33% vergütet).

Wir sprechen den Arbeitern Deutschlands und den Arbeitern der Siegl'schen Fabrik in Wien unsern größten Dank aus, und verweisen die Arbeiter auf die Lehre, daß durch Einigkeit und mit klarem Bewußtsein ein Kampf mit dem Kapital immer siegreich für die Arbeiter enden wird.

Wir benachrichtigen die Arbeiter Deutschlands von diesem erfolgsreichen Ereignis, und werden etwas später die Abrechnung bekannt machen.

Außerdem ist, wie bei jeder Arbeitseinstellung, hier die Folge, daß man die Fährte gemahregelt hat; 6 Mann sind es, leider Familienväter, welche keine Arbeit hier mehr bekommen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Joseph Müller.

Stuttgart, den 23. Novbr. Die hiesigen Buchbindergehülfen, unter zahlreicher Theilnahme von Seiten verwandter Berufsstände, beschlossen in einer allgemeinen sehr zahlreichen Versammlung, die hiesigen Buchbindermeister etc. um eine Lohnerhöhung von 20% zu eruchen, und haben in dieser Hinsicht schon Schritte gethan. Wir bitten, Zuzug von Buchbindergehülfen hierher möglichst abzuhalten, bis sich diese Sache erledigt haben wird.

Im Namen der hiesigen Buchbindergehülfen:
Die Kommission.

Lunzenau, Am 11. d. M. hielt der Arbeiterverein „Vorwärts“ eine Volksversammlung ab zur Besprechung des Normalarbeitsstrags und des Chemnitzer Strikes. Es waren hierzu auch auswärtige Parteigenossen erschienen, unter welchen Usert als Referent. Am 13. kam Parteigenosse Louis Reich aus Meerane hier zuversichtlich, um in Arbeit zu treten. Da er sich zur Abhaltung einer Volksversammlung erbot, wurde dieselbe auf den 18. d. M. einberufen und auch abgehalten. Gegenstand der Tagesordnung war wieder der Chemnitzer Strike, dessen unglücklichen Ausgang Reich durch den Mangel an Organisation erklärte. In beiden Versammlungen gingen freiwillige Beiträge für die Streikenden ein. — Am 20. wurde Reich, welcher am 13. beim Webermeister Gottlob Hönig in Arbeit getreten war, von demselben wieder entlassen, weil er, wenn er Reich bei sich behielte, seine 3 Stühle Arbeit von der Bogel'schen Fabrik einbüßen müßte.

Zwickau, 24. November. Wegen dem Verfasser des in Nr. 94

*) Englisch: Houses of Call. In diesen Kaufhäusern sind Miten aufgelegt, in die jedes arbeitssuchende Mitglied der Gesellschaft (Gewerkschaft) seinen Namen einzeichnet. Die Meister, welche „hohle“ Löhne, d. h. den mit der Gewerkschaft vereinbarten Lohn zahlen, wenden sich, sobald sie Arbeiter brauchen, an das Kaufhaus, von wo ihnen nach der Reihenfolge der Einschreibung die Arbeiter zugewiesen werden. Diese Einrichtung ist so einfach, und das Praktische derselben so in die Augen springend, daß wir eine längere Erläuterung für überflüssig halten.
H. d. B.

des „Volkshaar“ enthaltenen Artikels, und gegen die Redaktion des „Volkshaar“ ist von der hiesigen Polizeibehörde Klage erhoben worden, weil in dem betreffenden Artikel „Unwahrheiten und Verläumdungen“ enthalten sein sollen. — Nur immer zu! Vielleicht wird uns auf diese Weise Gelegenheit geboten, der hiesigen Polizeibehörde vor Gericht zu beweisen, daß sie ungesetzlich gehandelt hat, indem sie die Versammlung vom 11. d. M. verbot, in der über den Normalarbeitstag gesprochen werden sollte, sich dabei auf §§ 5 und 12 des betreffenden Gesetzes beriefen.

Brannschweig, den 27. Nov. (Tel. Deutsche). Auf Grund der §§ 110 (Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze) und 131 (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit) des Bundesstrafgesetzbuches sind Prade und Vonghorst zu je 16, Spier zu 14 und Kühn zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden; bei allen 4/1 Monat Untersuchungshaft abzurechnen.

Erklärung.

Die „Freie Zeitung“ fordert mich auf, dem „Präsidenten“ Fritz Wende Quittungen über von demselben erhaltene Gelder zu senden, mit welchen ich noch im Rückstand sei. Daraus erwidere ich:

1) Wer ist der „Präsident“ Fritz Wende? Seit 18 Monaten hat keine Präsidentenwahl stattgefunden, obgleich sie statutengemäß alle Jahre vorgenommen werden sollte.

2) Am 18. Oktober habe ich Herrn Wende Quittung über erhaltene Gelder eingeschickt nebst Rechnung über mir noch zuzulegende 22 Tblr. 7 Gr. Nachdem mich Wende bald darauf abermals in der „Freien Zeitung“ um Quittung angefordert hatte, glaube ich, mein Brief wäre unterwegs verloren gegangen und schickte ihm Anfang dieses Monats eine zweite Quittung und Rechnung, nebst einem Briefe, den er sich gewiß nicht hinter den Spiegel gekleidet hat. Beiläufig muß ich erwähnen, daß die gedachten 22 Tblr. 7 Gr. nicht lediglich um agitatorischen Auslagen, sondern zugleich von Auslagen für die Person des Herrn Wende (Cigaretten, Telegraphische Bescheid u. s. w.) herrühren. Wenn mir Wende die 22 Tblr. 7 Gr. einschickt, dann will ich ihm gern zum dritten Male Quittung und Rechnungsablage zuschicken. Herr Wende kann auch, wenn er will, 8 Tblr. 16 Gr., welche mir die Mitglieder als Vereinsbeitrag übergeben haben, und welche von mir zur Deckung der Agitationskosten verwendet worden sind, von meinen Entschanden in Abzug bringen.

Die Insinuation der „Freien Zeitung“, als hätte ich den München-Grabbacher Strike propagirt, und sogar ohne alle vorherige Anordnung, weise ich entschieden zurück. In der „Grabbacher Zeitung“ vom 18. Nov. erklären die Vorsitzenden jener Versammlung, in welcher der Strike beschlossen wurde, Rademacher und Jansen aus Bierken, die Behauptung der „Freien Zeitung“ als vollständig erdichtet. Alle Grabbacher Arbeiter können mir übrigens bezeugen, daß nicht ich, sondern der erbärmliche Hungerlohn den Strike propagirt hat, und daß von Wende von der besprochenen Unterstützung auch nicht ein Heller zukommen ließ.

Die „Freie Zeitung“ wirft mir mit schwerem Unrecht vor, daß ich den Vereinspräsidenten nicht rechtzeitig vom Strike in Kenntniß gesetzt habe. Wende ist aber von hier abgereist, ohne mir eine bestimmte Adresse, an die ich Briefe für ihn richten sollte, zu hinterlassen; vielmehr sagte er mir vor Augen, daß er mir baldigst schriftlich seine Adresse mittheilen wolle. Am 9. Oktober brach bekanntlich der Strike aus in der mechanischen Fabrik von Böhmer, Erlenz und Brünz; dieser Strike endete Tags darauf, als die Geschäftsinhaber die Forderungen der Arbeiter auf Ehrenwort bewilligten; einige Tage darauf stellten, ermutigt durch den Sieg der Arbeiter genannter Firma, die Arbeiter von 8 anderen Fabriken ebenfalls die Arbeit ein, und die Arbeiter der Firma Böhmer, Erlenz und Brünz, deren Prinzipale ebenfalls ihre Wort nachträglich nicht halten wollten, gleichfalls, d. h. zum zweiten Male. Ich setzte am 12. Oktober den Vizepräsidenten des Vereins, Försterling in Dresden, von der Sachlage in Kenntniß und erhielt am 13. von Wende einen Brief, den ich unverzüglich beantwortete. Dieser Ver-Gesetz-Brief ist, wie ich mit Bestimmtheit weiß, an seine Adresse gelangt. Ich habe also meiner Pflicht vollkommen genügt.

Was nun die 12 Thaler anbelangt, die mir von der Frau Hayfeldt vor einem halben Jahre übergeben worden sind, um den damals frankten Schwiers in ein Krankenhaus unterzubringen, und über welche jetzt zum sonntagslosten Male Abrechnung verlangt wird, so bemerke ich wiederholt — die Frau Grün weiß es auch —, daß ich jenes Geld am Tage vor meiner Abreise zur Bremer Generalversammlung erhielt, den Auftrag daher nicht selbst ausrichten konnte. Ich übergab das Geld meinem damaligen Freunde Kuck, mit dem Wunsch, es seiner Bestimmung gemäß zu verwenden; es gelang dem Kuck aber nicht, den Schwiers in einem Krankenhaus unterzubringen und so verwendete er für den Lebensunterhalt desselben während meiner Abwesenheit 5 Tblr. 22 Sgr.; den Rest von 6 Tblr. 8 Sgr. habe ich, per ausdrücklichen Weisung der Frau Hayfeldt gemäß, auf mein Wochenlohn verrechnet.

Die Wuth der „Freien Zeitung“ und ihrer Eigenthümerin gegen mich rührt lediglich daher, daß ich die München-Grabbacher Arbeiter darauf aufmerksam gemacht habe, daß wir ganz isolirt stünden in der sozialen Bewegung und uns der internationalen Arbeiterassoziation anschließen müßten. Daher die zahllosen Verdächtigungen gegen mich, ihren früheren Agitator. So werden aber bei jenen Leuten die Agitatoren immer belohnt, sobald sie sich erlauben, eine selbständige Meinung zu äußern; so ist es meinen Vorgängern — z. B. Ullie in Zwickau — passiert, und so wird es meinen Nachfolgern, wenn sich überhaupt solche finden sollten, ergehen.

München-Grabbach, 25. November 1871.

Briefkasten.

der Redaktion: W. H. Erlingen: Stuttgarter Resolution der Volkspartei über die soziale Frage finden Sie im „Demokr. Wochenblatt“, Jahrgang 1868 — Bücher über Genossenschaften sind in der Expedition zu haben. — Die Adresse „Bader'sche Straße“ ist richtig. — Simon: Ja, schicken Sie das weiter. — R. in N.: Ist angekommen und erscheint in nächster Nummer.

Der Expedition: F. Hannover f. Schrift 2 Tblr. 29 Gr. F. Köln f. Schrift 2 Tblr. 15 Gr. erhalten. S. H. in Herborn: Außer allenfallsigen Postabon. nichts. Das Vereins- und Versammlungsrecht in Preußen werden Sie höchstens auf Buchhandlungs- oder Antiquariatswege bekommen. G. B. in Berviers: wenden Sie sich gefälligst an Herrn Hermann Franz in Ganchau, Poststraße; von dort können Sie die gewünschte Druckschrift beziehen. B. St. in richtiger Anzahl und in gleicher Zeit abgehandelt. York in Hamburg: an B. in Post 100 Tpr. heute gesandt.

Wilhelm Morlof Oßlingen: mit unerträgl., daß die Geldf. nicht angel., da alles Andere eintritt.

3 Tblr. 8 Gr. 6 Bf. v. d. Arb. der Holzbauarbeit u. 2 Tblr. v. Mittel. d. Int. Holz-Arb. Gewerksch. am 7. Novbr. für die Chemnitzer Streikenden von hier abgeschickt.
U. C. Seifert.

Für Hannover.

Sozialdemokratischer Arbeiter-Verein.
Nächsten Sonnabend, den 2. Decbr. d. J. findet im Lokale des Herrn Bartling, Knochenhauerstraße 59, punkt 8 Ubr

Versammlung

statt.

- 1) Sozial pol. Wochenbericht, Ref. Kaiser.
 - 2) Vortrag über Genossenschaftsfragen, Ref. Wiemer.
- Der Vorsitzende.

Für Leipzig.

Nächste Sitzung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins: Freitag Abend in dem gewöhnlichen Lokale. Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht. Diskussion über die Parteitage.
Der Vorstand.

Für Buchbindergehülfen.

Ich suche 2 tüchtige Gehülfen bei gutem Lohn und zehnstündiger Arbeitszeit. Vergütung Fabrigeld IV. Klasse.
Hannover, 26. Nov. I. Zoch,
Buchbindermeister, Radmacherstraße 8.

*) Dies scheint nachgerade zur Preussischen Institution werden zu wollen. In Berlin, Breslau und zahlreichen anderen Orten sind unsere Parteigenossen dieser Art von Maßregelung ausgeleert.
H. d. B.